©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

RAINER A. BLASIUS

ERWIN WICKERT UND DIE FRIEDENSNOTE DER BUNDESREGIERUNG VOM 25. MÄRZ 1966

Als Bundeskanzler Ludwig Erhard zu der an alle Staaten mit Ausnahme der DDR gerichteten Note zur deutschen Friedenspolitik[1] am 25. März 1966 vor dem Bundestag eine Erklärung abgab, erhielt er nicht nur Beifall, sondern sogar Lob von der Opposition. Kein Geringerer als Herbert Wehner, stellvertretender SPD-Vorsitzender und Vorsitzender des Gesamtdeutschen Ausschusses, stellte die Übereinstimmung seiner Fraktion mit der „in der Note zum Ausdruck gebrachten Ansicht der Bundesregierung" fest und sicherte die „Unterstützung der Sozialdemokraten" bei den Bemühungen der Bundesrepublik um Rüstungsbeschränkungen und Sicherheit in Europa zu[2].

Die beiden Nachfolger Erhards beriefen sich unmittelbar auf die Friedensnote. Als Kanzler der neugebildeten Großen Koalition erklärte Kurt Georg Kiesinger am 13. Dezember 1966, daß die letzte Bundesregierung am 25. März 1966 der UdSSR den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen „angeboten" habe[3], während Willy Brandt am 28. Oktober 1969 herausstellte, daß die sozial-liberale Koalition sowohl an die Friedensnote als auch an Kiesingers erste Regierungserklärung anknüpfe: „Die in diesen Dokumenten niedergelegte Politik hat damals die Zustimmung aller Fraktionen dieses Hauses erhalten. Der Wille zu Kontinuität und konsequenter Weiterentwicklung gestattet es, auf Wiederholungen zu verzichten."[4]

Der überparteiliche positive Konsens über den diplomatischen Schritt vom Frühjahr 1966 spiegelte sich auch in der 1972 veröffentlichten Festschrift zum 75. Geburtstag von Ludwig Erhard wider. Der ehemalige Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Karl Carstens, bezeichnete die Note als einen „Markstein in der deutschen Nachkriegspolitik", als einen außenpolitischen „Höhepunkt, über den die Regierung Erhard nicht mehr wesentlich hinausgelangte"[5], während sie für den späteren Bundeskanzler Helmut Schmidt „entwicklungsfähige Elemente, besonders das Angebot des Austausches von Gewaltverzichtserklärungen", enthielt. Schmidt bescheinigte der Außenpolitik der Ära Erhard, „spätere Möglichkeiten nicht verbaut, sondern Wege dahin – wenn auch sehr zögernd –

[1] Für den Wortlaut der Note vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Band 12, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearb. von Gisela Oberländer, Frankfurt a. M. 1981, S. 381–385.

[2] Ebenda, S. 389.

[3] Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe/Band 1, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearb. von Gisela Oberländer, Frankfurt a. M. 1984, S. 57.

[4] Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Band 71, S. 31.

[5] Karl Carstens, Die deutsche Friedensnote vom 25. März 1966, in: Gerhard Schröder u. a. (Hrsg.), Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie, Berlin 1972, S. 383 und S. 386.

Jahrgang 43 (1995), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eröffnet" zu haben. Daß Außenminister Schröder diesbezüglich „freie Hand gelassen" worden sei, müsse als „das Verdienst des Kanzlers Erhard" angesehen werden[6].

Den anerkennenden Urteilen der Politiker über die Friedensnote ist nicht nur die Publizistik, sondern auch die politikwissenschaftliche und historische Forschung gefolgt. So sah beispielsweise Richard Löwenthal die diplomatische Aktion als „einen bedeutenden Schritt zu einer Eingliederung in die Entspannungspolitik des Westens und zur Grundlegung eines neuen Verhältnisses zu Osteuropa"[7]; Klaus Hildebrand bezeichnete das Gewaltverzichtsangebot an die osteuropäischen Staaten als „zukunftsweisend" und den Noten-Text als „ganz bemerkenswertes Resultat" der von Erhard im November 1966 selbst so benannten „Auflockerung" der deutschen Ostpolitik[8]. Demgegenüber finden sich negative Äußerungen eher selten. Der Publizist Peter Bender, in den sechziger Jahren stets ein leidenschaftlicher Vorkämpfer für die Anerkennung der DDR und von daher alles andere als ein Unparteilicher[9], kam 1987 zu dem Schluß, daß in der Friedensnote „noch einmal die ganze Erhard-Zeit" erkennbar geworden sei: „guter Willen, wenig Neues und die alten Fehler, verstärkt durch viel Ungeschick"[10]. Wolfram Hanrieder attestierte 1991 dem Vorstoß vom Frühjahr 1966, daß er im Grunde nichts anderes als „abgeschwächte Versionen" von Vorschlägen, die die Staaten des Warschauer Pakts bereits zuvor gemacht hätten, dargestellt, ja es sich im Prinzip nur um „Neuauflagen alter Vorschläge" gehandelt habe[11].

Steht die herausragende Bedeutung der Friedensnote außer Frage, so ist ihre Entstehungsgeschichte kaum bekannt und wegen der dreißigjährigen Aktensperrfrist und der Verschlußsachen-Bestimmungen noch keineswegs erforscht. Seit einem Spiegel-Artikel vom 28. März 1966 ist zwar klar, daß als „Ur-Verfasser" – wie es in der typischen Sprache des Nachrichtenmagazins hieß – „Schröders Amts-Poet" fungierte, der Leiter des Referats „Politische und sozial-ökonomische Strukturfragen des Ostblocks", Vortragender Legationsrat I. Klasse Erwin Wickert; daneben wurde der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Horst Osterheld, genannt[12]. Diesen Spiegel-Bericht hat Carstens sechs Jahre später in der bereits erwähnten Erhard-Festschrift mit der Bemerkung

---

[6] Helmut Schmidt, Zur Außen- und Sicherheitspolitik des Bundeskanzlers Erhard, in: Schröder (Hrsg.), Erhard, S. 399f.

[7] Richard Löwenthal, Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, Stuttgart 1974, S. 69.

[8] Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 189.

[9] Vgl. dazu etwa: Peter Bender, Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR, Frankfurt a. M. 1968, S. 129: „Der Widerspruch zwischen übernationaler Politik nach Westen und nationaler Politik (in Gestalt der Wiedervereinigungsforderung) nach Osten wurde häufig hervorgehoben, nur selten aber die Folgerung ausgesprochen: die Teilung Europas kann nur überwunden werden, wenn die Teilung Deutschlands anerkannt ist."

[10] Peter Bender, Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau zum Moskauer Vertrag, München 1987, S. 113. Vgl. auch S. 114: „Das Angebot, auf Gewalt zu verzichten, schloß den Staat aus, der von den Bonner Ansprüchen am meisten bedroht war – Verschärfung also auch der Isolierungspolitik gegen die DDR."

[11] Wolfram F. Hanrieder, Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989, Paderborn 1991, S. 215.

[12] Der Spiegel vom 28. 3. 1966, S. 25, „Friedensnote. Drei Namen". Vgl. dazu jetzt auch Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992, S. 302f.

Jahrgang 43 (1995), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bestätigt, daß Wickert die Note „mitgestaltet" habe: „Seine hervorragende Ausdruckskraft und die Schönheit seiner Sprache, durch die sich seine Romane auszeichnen, haben auch in der Note ihren Niederschlag gefunden."[13] Daraufhin ist Wickert hin und wieder in Darstellungen zur Außenpolitik der Bundesrepublik als Konzipient der Note erwähnt worden, wenn auch der Entstehungsprozeß selbst weitgehend im Dunkeln blieb.

Anfang der achtziger Jahre widmete sich Helga Haftendorn auf der Grundlage des zitierten Spiegel-Artikels und eines Berichts aus der „Neuen Zürcher Zeitung"[14], dann aber wohl aufgrund mancher Hintergrundinformationen der Entstehungsgeschichte und dem daraus resultierenden „Kompromißcharakter" der Friedensnote. Sie nannte Wickert als Verfasser des Entwurfs, den Abrüstungsbeauftragten Swidbert Schnippenkötter als Beteiligten für die vorgeschlagenen Rüstungsbeschränkungs- oder vertrauensfördernden Sicherheitsmaßnahmen und Ministerialdirigent Horst Osterheld als Verantwortlichen für die Abstimmung des endgültigen Textes mit dem Bundeskanzler. Darüber hinaus machte sie darauf aufmerksam, daß das Verteidigungsministerium „nur am Rande" mit dem Noten-Text befaßt worden sei und sich im Text insbesondere die – von ihr thematisch umrissenen – Einwände des Bundesministers für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates, Heinrich Krone, niedergeschlagen hätten. Haftendorn sprach zudem von den „konkreten Anregungen" der britischen und amerikanischen Seite, die in der Note berücksichtigt worden seien, ohne diese jedoch spezifizieren zu können[15].

Weiteres Licht brachte Wickert selbst am 28. Oktober 1985 in die Vorgeschichte der Friedensnote, und zwar durch einen Beitrag auf dem Kolloquium über die Ostpolitik Gerhard Schröders aus Anlaß von dessen 75. Geburtstag[16]. Der Vortrag blieb allerdings unveröffentlicht. Eine stark erweiterte Fassung liegt mit dem Dokument von Wickert aus dem Jahr 1993 vor, der aus seinem Blickwinkel und anhand seiner privaten Notizen die verschiedenen Phasen bei der Abfassung der Note nachzeichnet und die „aus den Akten nur selten ersichtlichen divergierenden Meinungen" herausarbeitet. Dabei konnte er sich neben den Entwürfen zur Note und eigenen Aufzeichnungen aus dem Umfeld der Note auf zwar nicht tägliche, jedoch längere rückblickende Tagebuch-Einträge vom 5. März, vom 2. April, vom 11. Juni und vom 3. Juli 1966 über persönliche Eindrücke und Erlebnisse stützen[17].

Wickerts Ausführungen belegen nun, wie aus einer ursprünglich rein defensiv gegen die sowjetische Propaganda gerichteten Aktion auf sein Anraten hin eine mehr offensive, in Stil und Ton freundlich gehaltene Darstellung der Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik wurde. Außerdem zeigt er, wer wann was zum Text beitrug bzw. aus ihm entfernen ließ. So kann die in der Forschung hin und wieder vertretene These, daß die „ausdrückliche Erwähnung" der Grenzen von 1937 im ersten Entwurf des Auswärtigen Amts noch gefehlt habe und erst „im Kabinett unter den Einfluß der Vertriebenen

[13] Carstens, Friedensnote, S. 384.

[14] Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 6. 4. 1966, „Innerdeutsche Kontroverse um die Friedensnote. Seebohm als Wortführer der Sudetendeutschen".

[15] Helga Haftendorn, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, Baden-Baden 1983, S. 286–289.

[16] Das Typoskript vom 27. 10. 1985 „Zur Friedensnote" hat Erwin Wickert dem Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

[17] Gespräch des Verfassers mit Erwin Wickert am 7. 6. 1994 in Oberwinter, bei dem freundlicherweise Einblick in die persönlichen Aufzeichnungen gewährt worden ist.

Jahrgang 43 (1995), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eingefügt" worden sei[18], jetzt nicht länger aufrechterhalten werden. Vielmehr erinnert Wickert daran, daß keine deutsche Regierung 1966 für eine Anerkennung der Nachkriegsgrenzen eintreten konnte, weil es „weder im deutschen Volk, noch in einer der drei Parteien eine Mehrheit dafür" gegeben habe. Anhand seiner Tagebuch-Rückblicke stellt er die damals im Auswärtigen Amt offensichtlich verbreitete pragmatische Überlegung heraus, die wenig geschätzten Vertriebenenverbände auseinanderzudividieren, indem eine „bestimmtere Sprache" gegenüber „den Polen" geführt werden sollte, um anschließend nur noch die Sudetendeutsche Landsmannschaft gegen sich zu haben.

Auf die Sudetendeutschen mußte in der Tat bei der Abfassung der Note am meisten Rücksicht genommen werden. Dies hing nicht zuletzt mit der sogenannten „Obhutserklärung" vom Juli 1950 zusammen – einer Reaktion auf die Prager Deklaration vom 23. Juni 1950, in der die Tschechoslowakei und die DDR ausdrücklich betont hatten, „keine Gebiets- oder Grenzansprüche zu haben" und die nach dem Zweiten Weltkrieg „durchgeführte Umsiedlung der Deutschen" aus der Tschechoslowakischen Republik als „unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst" zu betrachten[19]. Daraufhin erhob der Deutsche Bundestag am 14. Juli 1950 einen „feierlichen Einspruch [. . .] gegen die Preisgabe des Heimatrechts der in die Obhut der deutschen Bundesrepublik gegebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei" und stellte die „Nichtigkeit des Prager Abkommens" fest[20]. Diese Auffassung wurde am 16. Oktober 1964 in einer Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Erhard und des Präsidiums des Sudetendeutschen Rates bestätigt; die Bundesrepublik erhebe zwar keine territorialen Forderungen an die Tschechoslowakei, aber: „Diese Feststellung schließt das Heimat- und das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen nicht aus."[21]

Wickert wollte nun unmißverständlich erklären lassen, daß die Bundesregierung keine territorialen Ansprüche „hat und erhebt" und sich außerdem von „allen Äußerungen distanziert, die an dieser Haltung Zweifel erwecken können". Gedacht war dabei sicherlich an Bundesminister Hans Christoph Seebohm, der beispielsweise auf dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Nürnberg am 17. Mai 1964 die Rückgabe des Sudetenlandes an das „sudetendeutsche Heimatvolk" forderte und auf der Gültigkeit des durch Hitlers Droh- und Erpressungspolitik zustandegekommenen Münchener Abkommens vom 29. September 1938 bestand[22]. Gegen eine solche Distanzierung im Entwurf der Note wandte sich Bundesminister Krone und konnte das Bundeskanzleramt hinter sich bringen; auf die ursprünglich vorgesehene Formulierung, daß das Münchener Abkommen „nicht mehr gültig" sei, mußte ebenso verzichtet werden wie auf die indirekte öffentliche Abkehr von Seebohm, der in jenen Jahren international manches Porzellan zerschlug.

---

[18] Löwenthal, Krieg, S. 69. Unter Bezugnahme auf Löwenthal auch Bender, Ostpolitik, S. 114.

[19] Vgl. Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Band I: Von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 bis zur Souveränitätserklärung am 25. März 1954, Berlin 1954, S. 378.

[20] Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Band 4, S. 2688 f.

[21] Vgl. Archiv des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Mitteilung an die Presse Nr. 1335/64 vom 16. 10. 1964.

[22] Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Band 10, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearb. von Marie-Luise Goldbach und Karl-Günther Schirrmeister, Frankfurt a. M. 1980, S. 566–585.

Jahrgang 43 (1995), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Demgegenüber stand der Vorschlag des Gewaltverzichts gegenüber den osteuropäischen Staaten in der internen Diskussion nie in Frage. Der „Einfrierungsvorschlag" für die Atomwaffen in Europa ging offensichtlich ganz auf Wickert zurück, und er war es, der eine stufenweise Verringerung dieser Waffen von entscheidenden Schritten hin auf eine „Lösung der politischen Probleme Mitteleuropas" abhängig machen wollte, obwohl in der Note gleichzeitig das langjährig beharrlich verfochtene Junktim zwischen Gewaltverzicht und Fortschritten in der deutschen Frage erstmals aufgegeben wurde. Wickerts Dokument zeigt, welche Formulierungs- und Verbesserungsvorschläge der SPD-Fraktionsvorsitzende Fritz Erler einbrachte, kann aber die britischen und amerikanischen Umformulierungswünsche nicht näher spezifizieren.

Die kürzlich erschienenen Memoiren von Karl Carstens machen deutlich, daß die sechzig Thesen des Staatssekretärs zur Deutschlandpolitik vom Januar 1966 und die Friedensnote vom März 1966 in einem viel engeren Zusammenhang als bisher gesehen werden müssen. Carstens hatte nach Abstimmung mit Spitzenbeamten der Bonner Zentrale und Leitern wichtiger Auslandsvertretungen bereits zu Jahresbeginn 1966 für Schröder aufgezeigt, daß die Ostpolitik in die Defensive geraten war, und Vorschläge unterbreitet, um die Bundesrepublik aus der deutschlandpolitischen Sackgasse herauszuführen. Schon in der Januar-Aufzeichnung sprach Carstens von zu erbringenden „Opfern" im Fall einer Wiedervereinigung und machte sich für eine Erklärung über die Anerkennung der deutsch-tschechoslowakischen Grenze als „endgültige Grenze" stark[23]. Dies erschien Carstens erforderlich, um den tschechoslowakischen Verdacht eines erneuten „Anschluß"-Versuches zu zerstreuen. Schon im Oktober 1964 hatte er in einer Vorlage für Erhard auf eine Klarstellung des Sudetendeutschen Rats gedrängt, „daß es nicht die Absicht der Sudetendeutschen ist, auf dem Wege über die Verwirklichung des Heimatrechts und die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts die Abtretung des sudetendeutschen Gebietes an Deutschland anzustreben"[24]. Weitere inhaltliche Übereinstimmungen zwischen den sechzig Thesen und der Friedensnote werden sich herausarbeiten lassen, wenn die entsprechenden Dokumente der Forschung vorliegen; ebenso wird man die Entstehungsgeschichte beider Aufzeichnungen in einen größeren Zusammenhang stellen können[25].

Karl Carstens bezeichnete die Friedensnote in seinen Memoiren als „Meisterstück deutscher Diplomatie" und würdigte den „hochbefähigten Mitarbeiter" des Auswärtigen Amts, der für die Ausarbeitung des Texts gewonnen wurde[26]. Welche Initiativen Wickert ergriff, mit welchen Schwierigkeiten er konfrontiert wurde und wie kompliziert sich der Entscheidungsprozeß bei der Formulierung der Note gestaltete, veranschaulicht der folgende, atmosphärisch dichte Beitrag des Zeitzeugen, der – wie bereits erwähnt – 1993 unter Rückgriff auf seine Tagebücher aus dem Jahr 1966 geschrieben wurde.

---

[23] Vgl. dazu Karl Carstens, Erinnerungen und Erfahrungen, hrsg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel, Boppard 1993, S. 757.

[24] Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 6.10. 1964, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Rainer A. Blasius, Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst, München 1995, Band II, Dok. 274.

[25] Vgl. dazu die in Vorbereitung befindlichen Bände der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1966, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Rainer A. Blasius, Matthias Peter und Harald Rosenbach.

[26] Carstens, Erinnerungen, S. 759.

Jahrgang 43 (1995), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument

Am 25. März 1966 wurde eine Note der Bundesregierung allen Regierungen übergeben, mit denen wir diplomatische Beziehungen unterhielten, ferner den osteuropäischen und arabischen Staaten, wo wir diplomatisch nicht vertreten waren, über ihre Missionen in befreundeten Hauptstädten oder durch ihre Schutzmächte.

Die Anregung zu dieser „Friedensnote", wie sie bald genannt wurde, ging von Bundesaußenminister Gerhard Schröder und seinem damaligen Staatssekretär Karl Carstens aus. Sie hatte bei uns und in der Weltöffentlichkeit eine ungewöhnlich starke Resonanz.

Im Folgenden soll nun geschildert werden, warum damals eine solche Note zweckmäßig erschien; es werden die wichtigsten Passagen der Note wiedergegeben, ihre Entstehung und das Echo geschildert, ihr Inhalt aus heutiger Sicht kritisch beurteilt sowie über die Absicht berichtet, sie fortzusetzen und überhaupt unsere Beziehungen zu den Ländern Osteuropas grundlegend zu verbessern.

Bundesaußenminister Schröder liebte es gar nicht, wenn seine Beamten in der Öffentlichkeit als Mithelfer bei der außenpolitischen Konzeption genannt wurden. Als Carstens in einem Aufsatz der siebziger Jahre von meiner Autorschaft der „Friedensnote" sprach, fand Schröder das nicht richtig. Er allein trug die politische Verantwortung dafür, und deshalb sollte auch die gesamte deutsche Außenpolitik als von ihm ausgehend dargestellt werden.

Er hatte grundsätzlich recht, und es war mir nicht angenehm, daß mein Name, den ich lieber in Verbindung mit meinen Büchern erwähnt wissen wollte, auch im Zusammenhang mit Noten des Auswärtigen Amts oder Reden des Bundesaußenministers genannt wurde. Ich konnte es aber auch nicht verhindern und habe das Schröder auch zu erklären versucht. Es hat übrigens das enge und vertraute Verhältnis zu ihm nie getrübt.

Ende Oktober 1985 fand zu seinem 75. Geburtstag in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn ein Kolloquium über die „Friedensnote" zwischen Alt-Bundespräsident Karl Carstens, Botschafter a. D. Franz Krapf und mir statt. Wir sprachen über die Situation, aus der heraus die Note für zweckmäßig und notwendig gehalten wurde, ihren Inhalt, ihre Wirkung nach außen und innen, aber nur wenig über ihre Entstehung.

Ich habe auch heute gezögert, die Entstehung der Note aus meinem Gesichtswinkel zu beschreiben. Da sie nun aber schon 29 Jahre alt ist, das Verdienst Gerhard Schröders und Karl Carstens' an ihrem Zustandekommen bekannt und unbestritten, meine Beamten-Anonymität ohnehin durchlöchert ist, halte ich es für entschuldbar und als Beispiel für den Entscheidungsprozeß jener Zeit auch für interessant, wenn ich anhand meiner privaten Notizen die Entstehung der Note in den Einzelheiten nachzeichne und wenn ich beschreibe, wie abweichende Ansichten maßgebender Politiker es nötig machten, einzelne Stellen des Entwurfs zu ändern. Denn nur wenn man diese aus den Akten der Archive nur selten ersichtlichen divergierenden Meinungen erkannt hat, erhält man ein Bild von den damals bestehenden Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns.

Dann wird an einem Beispiel der Wunsch des Auswärtigen Amts unter Carstens und Schröder deutlich, lange bevor Willy Brandt Außenminister der Großen Koalition wurde, sich mit den sozialistischen Ländern Osteuropas zu verständigen, auch über grundlegende Fragen; der Wunsch, nicht nur Handelsmissionen mit ihnen auszutauschen, sondern diplomatische Beziehungen zu ihnen herzustellen und einen politischen Dialog mit

Jahrgang 43 (1995), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihnen zu führen. Aber ebenso deutlich wird man die Gegenkräfte von rechts erkennen, die Schröder in dieser Politik behinderten. An Franz Josef Strauß, der Schröder sonst oft entgegentrat, ging die Note in ihrer Entstehung seltsamerweise vorbei. Am 20. Dezember 1965 hatte Staatssekretär Karl Carstens dem Ministerialdirektor Franz Krapf, Leiter der Abteilung II, die in erster Linie für Ost-West-Politik zuständig war und gewöhnlich „Ostabteilung" genannt wurde, mitgeteilt, Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel, über die starke Wirkung der sowjetischen Propaganda gegen uns besorgt, schlage vor, ihr in einem Weißbuch über unsere Friedenspolitik entgegenzutreten.

Ich war damals Leiter des Referats II A 3 der „Ostabteilung", das für „Strukturfragen der sozialistischen Staaten" zuständig war, wurde aber oft auch zu anderen Aufgaben herangezogen. Auch wir in der „Ostabteilung" des Auswärtigen Amts hatten die zunehmende Wirkung der sowjetischen Propaganda mit Sorge gesehen. Bundesaußenminister Schröder hatte in Reden, das Auswärtige Amt in Noten und Erklärungen die sowjetischen Angriffe zu entkräften gesucht – ohne rechten Erfolg. Bedenklich war vor allem, daß die sowjetische Propaganda stark auf unsere Alliierten wirkte. Sie waren Mitte der sechziger Jahre des Kalten Krieges und der Ost-West-Krisen satt. Die öffentliche wie die veröffentlichte Meinung in einigen verbündeten Ländern, zum Beispiel Kanadas, Norwegens, Dänemarks, der Niederlande, aber nicht nur sie, auch manche Regierungen unserer Allianz waren der Ansicht, die deutsche Frage, also unser Wunsch zur Wiedervereinigung, sei der eigentliche Hemmschuh auf dem Weg zur Entspannung zwischen Ost und West. Da eine Wiedervereinigung unmöglich sei, müsse man Druck auf uns ausüben, damit wir diesen Gedanken aufgeben, die DDR anerkennen und die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze bestätigten. Im Jahr 1966 aber war dies politisch nicht möglich.

Die unter Bundesaußenminister Schröder eingeleitete Politik, amtliche Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten aufzunehmen und dort als ersten Schritt Handelsmissionen zu errichten, fand im Bündnis zwar Anerkennung, aber unsere häufigen Beschwerden, wann immer einer der Alliierten eine Verletzung der sogenannten Hallstein-Doktrin zuließ, etwa der DDR indirekt zur Anerkennung oder Ansehen verhalf, wurde allgemein als lästig empfunden. Frau von Puttkamer, die im Auswärtigen Amt das Referat „Vereinte Nationen" leitete, sagte mir, unsere Position, die diplomatische Anerkennung der DDR durch andere Länder, vor allem der Dritten Welt, zu verhindern, lasse sich kaum länger als noch ein Jahr halten.

Carstens' Aufzeichnung über von Hassels Wunsch wurde mir zur Stellungnahme zugeleitet. Ich schrieb: „Ein Weißbuch wäre eine Verteidigung, und Verteidigungsschriften oder Argumente der Rechtfertigung finden stets weniger Interesse als Argumente der Anklage ... Im Übrigen sind nicht alle der gegen uns erhobenen Vorwürfe leicht zu widerlegen, z. B. wenn uns gewisse Zitate aus Reden des Herrn Bundesministers Seebohm oder Erklärungen von Vertriebenenfunktionären, Artikel der Soldatenzeitung und dergleichen mehr entgegengehalten werden ...

Unserer Informationsarbeit ist es nicht gelungen, das Bild des politisch unberechenbaren, militaristischen, eroberungssüchtigen Deutschen überall durch ein friedlicheres Bild zu ersetzen. Woran liegt das?"

Wir hätten uns doch seit zwanzig Jahren aus allen militärischen Auseinandersetzungen herausgehalten, auf Anwendung von Gewalt, Produktion von ABC-Waffen verzichtet usw. Solche Hinweise fänden jedoch nur wenig Interesse. „Aufmerksamkeit und Unruhe erregt es jedoch sofort, wenn irgendwo in Deutschland nationalistische Töne hörbar werden, ja selbst dann, wenn wir nationale Gleichberechtigung oder nukleare Mitverantwor-

Jahrgang 43 (1995), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tung fordern, oder wenn wir die Grenzen von 1937 als unsere Ausgangsposition in künftigen Friedensverhandlungen bezeichnen. Sogar unser Ruf nach dem Selbstbestimmungsrecht für die Zonenbevölkerung wird von der kommunistischen Propaganda als Revanchismus angeprangert. Und wenn unsere Alliierten sowie die Neutralen in ihrer Ablehnung auch nicht *so* weit gehen, so fallen wir ihnen doch offenbar immer lästiger, je häufiger wir ihnen unsere Rechtsansprüche vorbringen; ihre Bereitschaft, uns diese Ansprüche durchsetzen zu helfen, nimmt eher ab als zu.

Am erfolgreichsten werben Nachrichten. Nachrichten aber werden letzten Endes nicht vom Bundespresseamt, sondern von der politischen Führung gemacht. Man müßte also, wenn man das Deutschlandbild in der Welt korrigieren will, politische Initiativen suchen und entwickeln, die, ohne unseriös zu sein, die Weltöffentlichkeit beeindrucken und unsere politischen Ziele in günstigem Licht darstellen."

Am 2. Februar 1966 gab mir Ministerialdirektor Krapf eine Weisung von Staatssekretär Carstens, in der dieser uns anwies, eine Note vorzubereiten, die allen Regierungen der Welt übergeben werden könnte, in der wir unsere Friedensliebe, unseren Gewaltverzicht, ABC-Waffen-Produktions-Verzicht usw. darstellten. Carstens wollte damit den erwarteten Angriffen gegen unsere Politik auf dem im März stattfindenden XXIII. Parteitag der KPdSU zuvorkommen. Als ich Krapf sagte, ich hielte eine solche Note für wenig wirksam und hätte keine Lust sie zu schreiben, antwortete er, das sollte ich dann am besten Carstens selbst sagen. Das tat ich am 4. Februar.

Ich sagte ihm, der Moskauer Parteitag werde sich vermutlich weniger mit uns als mit Wirtschaft, anderen internen Problemen und Ostblock-Fragen beschäftigen. „Eine Note zur Darstellung unserer Friedens- und Sicherheitspolitik", so schrieb ich in einer Aufzeichnung vom 4. Februar 1966 über das Gespräch, „erscheine mir nicht zweckmäßig. Die Wiederholung all der Tatsachen, die für unsere friedfertige Politik Zeugnis ablegen, werde sicher nur langweilig, wenn keine neuen Elemente in der Note enthalten sind, etwa neue Vorschläge in der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage."

Carstens hörte mir zu, ohne mich zu unterbrechen. Es war erfreulich, mit ihm zusammenzuarbeiten. Er war Bremer, hielt bei aller Liebenswürdigkeit auf Distanz, aber dahinter spürte man einen noblen, humanen Charakter und Fürsorge. In politischen Gesprächen war er ganz auf die Sache gerichtet. Er schätzte eine unabhängige Meinung und ließ Einwände gelten, wenn man sie begründen konnte. Er erwiderte, es stehe mir ja durchaus frei, solche neuen Vorschläge in der Note zu machen.

Der Abrüstungsbeauftragte Schnippenkötter stellte darauf eine Liste von insgesamt vierzehn Themen und Vorschlägen zusammen, die Krapf und ich am 9. Februar mit Carstens besprachen und aus denen wir einige auswählten. Am meisten versprach ich mir von einem „Einfrierungsvorschlag", der in der sogenannten „Friedensnote" später wie folgt formuliert wurde: „Die Bundesregierung erklärt sich bereit, einem Abkommen beizutreten, in dem die in Frage kommenden Staaten sich verpflichten, die Zahl der Atomwaffen in Europa nicht weiter zu erhöhen, sondern sie stufenweise zu verringern." Ich fügte noch hinzu: „Ein solches Abkommen müßte sich auf ganz Europa erstrecken, das Kräfteverhältnis insgesamt wahren, eine wirksame Kontrolle vorsehen und mit entscheidenden Fortschritten bei der Lösung der politischen Probleme Mitteleuropas verbunden werden."

Staatssekretär Carstens war skeptisch und wollte den Vorschlag nicht in der Note haben. Er strich ihn aus meinem ersten Entwurf heraus; aber ich fügte ihn in den zweiten wieder ein, und es gelang schließlich, ihn auch gegen seine Zweifel und später gegen die Bedenken des Verteidigungsministers im endgültigen Notentext zu halten.

Jahrgang 43 (1995), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die erste und wichtigste Frage beim Entwurf der Note an alle Welt war, zu begründen, warum wir eine solche spektakuläre Aktion unternahmen. Ich versprach mir nichts davon, die sowjetischen propagandistischen Angriffe auf unsere Politik zum Thema zu machen, sie zu widerlegen und dies urbi et orbi zu verkünden. Das wäre auch nur ein deutsches Thema gewesen, wäre als Versuch einer Rechtfertigung angesehen worden und hätte nur Gähnen hervorgerufen.

Stattdessen stellte ich die Note unter ein anderes Thema, das alle Welt anging: Unsere Sorge, daß alle bisherigen Abrüstungsbemühungen gescheitert waren – eine Sorge, die wir mit den meisten Völkern der Welt teilten, auch den osteuropäischen. Dieses Thema gab uns dann die gute Gelegenheit, am Schluß der Note neue Vorschläge zur Abrüstung und Sicherheit zu machen. Die Note begann mit den Worten: „Das deutsche Volk will in Frieden und Freiheit leben. Seine größte nationale Aufgabe sieht es darin, die Teilung zu überwinden, unter der es seit vielen Jahren leidet. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat mehrfach erklärt, daß das deutsche Volk bereit wäre, für seine Wiedervereinigung auch Opfer auf sich zu nehmen. Es ist entschlossen, diese Aufgabe nur mit friedlichen Mitteln zu lösen."

Damit waren die Grundziele unserer Außenpolitik schon im ersten Absatz genannt. Dann kam die Note zum Thema und drückte ihre Enttäuschung über die geringen Fortschritte in der Abrüstung aus. Sie wolle aus dieser Sorge heraus die deutsche Friedenspolitik zusammenhängend darstellen und konkrete Vorschläge zur Abrüstung, Rüstungskontrolle und europäischen Sicherheit machen.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit unserem Verhältnis zu den Staaten Osteuropas. In meinem ersten Entwurf erwähnte ich, daß die Bundesregierung „sich mit Deutschlands Nachbarn im Westen über die Grenzen und alle anderen Fragen verständigt (hat), die nach dem Kriege zwischen ihnen offen geblieben waren. Über das Schicksal des Saargebiets, den schwierigsten damals zwischen Deutschland und Frankreich liegenden Komplex, haben sich beide Seiten in einem Verfahren geeinigt, das auch als Vorbild für eine gerechte Lösung der Deutschen Frage dienen könnte."

Die Saar-Lösung hatte ich schon in einem auf Weisung von Bundesaußenminister Schröder entworfenen und am 21. Februar 1962 in Moskau übergebenen Memorandum erwähnt, weil dieses Beispiel das Zeitelement ins Spiel bringt, d. h. keine sofortige Änderung des status quo erfordert, sondern vorsieht, daß die Frage in einer bestimmten Frist gelöst werden muß, und zwar durch ein Referendum. Dieser Passus fiel ganz weg, nachdem Heinrich Krone, Bundesminister für besondere Aufgaben und früher ein enger Berater Adenauers, dagegen Einspruch erhob. An seine Begründung erinnere ich mich nicht mehr.

Die Note beklagt die negative Haltung Polens uns gegenüber, besonders Warschaus Widerstand gegen eine Wiedervereinigung. Wir kamen in der Note den Polen, denen nichts an einer Verständigung mit uns zu liegen schien, solange wir die Oder-Neiße-Linie nicht als endgültige Grenze anerkannten, wenig entgegen. Das Oder-Neiße-Problem ließ sich zu jener Zeit nicht lösen. Keine deutsche Regierung konnte im Jahr 1966 für eine Anerkennung dieser Grenze eintreten: Es gab weder im deutschen Volk, noch in einer der drei Parteien eine Mehrheit dafür. Daher beließ ich es bei dem von uns oft wiederholten formellen Hinweis, Deutschland bestehe völkerrechtlich in den Grenzen von 1937 fort, solange nicht eine freigewählte gesamtdeutsche Regierung andere Grenzen anerkennt. Auf Carstens' Anregung fügte ich hier aber hinzu: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat mehrfach erklärt, daß das deutsche Volk bereit wäre, für seine Wiedervereinigung Opfer auf sich zu nehmen."

Jahrgang 43 (1995), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Damit nahm Carstens ein Wort des Bundesvertriebenenministers Johann Baptist Gradl auf. Doch auf Wunsch Krones wurde der Passus aus dem Zusammenhang mit der deutschen Ostgrenze genommen, da den Vertriebenenfunktionären offenbar auch nur die Andeutung von Opfern nicht zuzumuten war. Der Passus wurde stattdessen an den Anfang der Note gesetzt. Er stand also nicht mehr im Zusammenhang mit der Oder-Neiße-Linie.

Im ersten Entwurf der Note hieß es in dem Absatz, der sich mit Polen beschäftigte, weiter: „Wenn zu gegebener Zeit die polnische und eine gesamtdeutsche Regierung über die Grenze in dem gleichen Geiste verhandeln, der den Ausgleich zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn herbeigeführt hat, dann werden auch Polen und Deutsche sich einigen. Denn in dieser Frage darf weder die Leidenschaft noch allein die Stimme des Siegers entscheiden, hier muß die Vernunft siegen." Der Fraktionschef der SPD, Fritz Erler, der den Entwurf zur Kenntnis und Stellungnahme erhielt, regte an zu schreiben: „noch allein die Macht des Siegers". Das war eine Verbesserung. Auf Wunsch des Bundeskanzlers wurde „verhandeln" durch „sprechen" ersetzt.

Franz Krapf, einer meiner ältesten Freunde, trat in diesen Tagen seinen neuen Posten als Botschafter in Tokio an. Sein Stellvertreter Hans Ruete übernahm vorläufig die Leitung der „Ostabteilung". Er wünschte in einer Besprechungsrunde bei Carstens in der Note eine „würdigere, männlichere Sprache", fand aber keine Zustimmung. Carstens und Schröder änderten an meinem ersten Entwurf nur wenig. Fraglich blieben fürs erste nur noch die Abrüstungsvorschläge am Ende der Note.

Das größte innenpolitische Hindernis für Schröders Ostpolitik, d.h. den Versuch, uns mit den Ländern Osteuropas zu verständigen, waren die Vertriebenenverbände. „Wir müssen", schrieb ich in meinem Tagebuch gewiß zu salopp, „die Vertriebenenverbände einzeln knacken ... Wenn wir den Polen in bestimmterer Sprache gegenübertreten, haben wir – wie ich hoffe – jetzt nur noch die Sudetendeutschen gegen uns."

Die Tschechoslowakei behandelte die Note freundlicher als die Polen. Wir sahen in Prag eine stärkere Neigung zu westlichen Vorstellungen. Man erkannte ihre Reserven gegen sowjetische Bevormundung. Doch das Hauptproblem zwischen Prag und Bonn waren Meinungsverschiedenheiten über das Münchener Abkommen von 1938. Den Absatz über die Tschechoslowakei in der Note hatte Krone und später auch der Bundeskanzler für problematisch angesehen – wegen möglicher Einwände der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Krone wurde beraten von Ministerialdirigent Bachmann, dessen Aktenzeichen auf Krones Interventionen zu sehen war. Er vertrat eine rigide rechte Linie.

In dem Entwurf der Note hieß es: „Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß das Münchener Abkommen aus dem Jahr 1938 von Hitler zerrissen wurde und nicht mehr gültig ist." Diese Formulierung wollte der Bundeskanzler Erhard nicht unterschreiben. Davon später mehr.

In den Entwurf einer Rede, die Bundeskanzler Erhard dann in New York hielt, hatte ich den Satz hineingeschrieben: „Die Bundesregierung erhebt keine territorialen Ansprüche gegen die CSSR." Die sudetendeutsche Landsmannschaft interpretierte das in ihrem Sinne, indem sie sagte: „Die Bundesregierung *erhebt* zwar keine Ansprüche, aber sie *hat* welche." Deshalb schrieb ich jetzt in den Entwurf der Note: „Die Bundesregierung hat und sie erhebt gegenüber der Tschechoslowakei keine territorialen Ansprüche, und sie distanziert sich von allen Äußerungen, die an dieser Haltung Zweifel erwecken können."

Die letzte Bemerkung bezog sich auf Reden etwa des Bundesministers Seebohm, des Sprachrohrs der Vertriebenenfunktionäre in der Regierung. Der amerikanische Botschafter McGhee sagte mir einmal, nichts habe uns in der amerikanischen Öffentlichkeit so ge-

Jahrgang 43 (1995), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schadet wie seine Reden. Der Passus blieb aber nicht in der endgültigen Fassung. Auf Wunsch Krones wurde nur noch gesagt, wir „erheben" keine Ansprüche, um der Interpretation der Landsmannschaften entgegenzukommen, und von den „zweifelhaften Äußerungen der Vertriebenenfunktionäre" wollte der Bundeskanzler sich auch nicht distanzieren. Bundesminister Schröder fand, wie später noch zu sehen sein wird, einen Kompromiß.

In der Note heißt es, daß wir keine restaurative Politik treiben, sondern daß unsere Politik vorwärts blicke. Wir wollten eine gerechte, auf friedlichen Vereinbarungen beruhende europäische Ordnung, die dem Frieden diene und ihn brauche. Dieser Frieden, so steht es im dritten Teil der Note, sei nicht gesichert. Zitiert werden beunruhigende sowjetische Äußerungen, die uns mit Vernichtung drohen. Sie waren zwar nicht allerneuesten Datums, ich nahm sie aber in die Note auf, um sie auch den uns kritisch gesinnten alliierten Regierungen vorzuhalten, die uns immer wieder weitere „Entspannungsschritte" nahelegten, solche sowjetischen Drohungen gegen uns aber gerne übersahen. Auch in unserer Öffentlichkeit konnte der Hinweis darauf nicht schaden. Die Sowjetregierung hob stets ihr eigenes Sicherheitsbedürfnis hervor, worin ihr manche unserer Journalisten und Politiker beflissen folgten, indem sie tiefes Verständnis für die Furcht der größten kontinentalen, bis an die Zähne bewaffneten atomaren Militärmacht vor uns zeigten. Dem gegenüber erklärten wir jetzt, daß auch wir Deutschen ein Sicherheitsbedürfnis hatten.

In ihrem vierten Teil beschrieb die Note unser Verhältnis zur NATO und unsere Abrüstungspolitik. Im fünften Teil folgten die schon eingangs erwähnten sechs konkreten Vorschläge zur Sicherheitspolitik. Hervorzuheben darunter ist neben dem „Einfrierungsvorschlag" der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion sowie der Austausch von Manöverbeobachtern. Die beiden zuletzt genannten Vorschläge wurden in der Folge in deutsch-sowjetischen Gesprächen bzw. in Helsinki verwirklicht. Ferner wurde in der Note eine allgemeine Kontrolle spaltbaren Materials, zu der wir uns bereits verpflichtet hatten, vorgeschlagen und unsere Bereitschaft erklärt, an einer Weltabrüstungskonferenz oder jeder anderen erfolgversprechenden Abrüstungskonferenz mitzuarbeiten.

Am 15. März war der Entwurf den Fraktionsvorsitzenden Barzel (CDU/CSU), Kühlmann-Stumm (FDP), aber auch dem Fraktionsvorsitzenden der Opposition, Erler, einem der fähigsten Abgeordneten der SPD, zugegangen. Schröder wollte eine überparteiliche Außenpolitik führen; er suchte auch die Zustimmung der Opposition und informierte sie über alle wichtigen, neuen Schritte. Und in der Tat war er sich mit ihnen in mancher Hinsicht, vor allem in der Ostpolitik, eher einig als mit gewissen, auf Rechtspositionen fixierten Politikern der CDU/CSU. Erler machte einige gute kleinere Formulierungsvorschläge, die wir übernahmen. Er wollte in einer Frage ein Wort Ulbrichts aus der SED-Bezirkskonferenz in Berlin aufgreifen und dagegen polemisieren. Aber wir fanden den Wortlaut von Ulbrichts Äußerung nicht.

Carstens' anfängliche Bedenken gegen den „Einfrierungsvorschlag" waren nicht unbegründet, obwohl es der einzige war, der Aufsehen in der Welt erregen und zu Diskussionen führen konnte. Dennoch war mir klar, daß er kaum Chancen hatte, von den Atommächten angenommen zu werden: Die Sowjets hätten damals „wirksame Kontrollen" in ihrem Lande nicht zugelassen. Auch die Vereinigten Staaten würden über den Vorschlag wenig erfreut sein, da sie ihre Soldaten in Europa unter dem Schutz der Mittelstreckenraketen wissen wollten. Ich verteidigte den Vorschlag trotzdem, weil wir den Völkern Osteuropas und aller Nicht-Atom-Staaten damit zeigen konnten, daß wir gemeinsame Inter-

Jahrgang 43 (1995), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

essen haben. Carstens meinte, der Bundesverteidigungsrat werde diesen Vorschlag schon torpedieren. Er wolle ihn, da ich so sehr darauf bestehe, dennoch dort am 11. März einbringen, aber er ließ durchblicken, daß er nicht gedenke, dafür sehr zu kämpfen. Mir schien jedoch, wenn dieser Vorschlag falle, werde die ganze Note blaß, und alle würden sich fragen, warum wir sie in alle Welt geschickt haben und warum *tant de bruit pour une omelette.*

Staatssekretär Carstens stellte den Entwurf der Note im Bundesverteidigungsrat zur Diskussion. Wie er vorausgesehen hatte, traf der „Einfrierungs"-Vorschlag auf Widerstand des Bundesverteidigungsministers von Hassel. Auf Carstens' Anregung einigte man sich aber darauf, ein Offizier des Bundesverteidigungsministeriums, Ministerialdirigent Ruete, der Abrüstungsbeauftragte des Auswärtigen Amts Schnippenkötter und ich sollten uns zusammensetzen und die Differenz aus der Welt schaffen. Die Einwände des Obersten Hopf vom Bundesverteidigungsministerium waren gemäßigt, und wir einigten uns schnell. Am Nachmittag wurde die Einigung in einem Gespräch zwischen Staatssekretär Gumbel vom Verteidigungsministerium und Carstens, an dem ich teilnahm, bestätigt.

Danach wurde der Text der Note ins Reine geschrieben, und ich überreichte ihn Angehörigen der amerikanischen, britischen und französischen Botschaft. Am Abend wurde er der NATO fernschriftlich mitgeteilt. Für Rückäußerung war eine Frist von nur drei Tagen gesetzt. Die Amerikaner schlugen einige neue Formulierungen vor, doch wir fanden unsere alten besser. Die Amerikaner sagten selbst, ihre Vorschläge sollten wir auch nur als Anregungen betrachten. Eine Anregung der Briten war gut und geeignet, mißverständliche Interpretationen auszuschließen. Paris äußerte sich nicht. Der amerikanische Gesandte Hillenbrand suchte Carstens jedoch kurz vor Abgang der Note auf Weisung aus Washington auf und wünschte dringend eine Änderung in unseren Abrüstungsvorschlägen. Doch Carstens antwortete ihm – obwohl ich, wenn auch mit einiger Mühe, an jenem Tage noch Korrekturen hätte anbringen können –, es sei nun zu spät, die Note sei schon unterwegs.

Am Samstag, den 19. März, gegen siebzehn Uhr war ich mit dem letzten Entwurf fertig geworden, hatte noch einmal mit Carstens darüber gesprochen und brachte ein Exemplar zu Hohmann, dem Persönlichen Referenten des Bundeskanzlers, der mir sagte, der Kanzler freue sich schon darauf und sitze mit gespitztem Bleistift da. Hohmann wird den Ausdruck der Panik in meinen Augen bemerkt haben. Er setzte deshalb hinzu, der Kanzler wolle am Stil nicht viel ändern und beabsichtige auch nicht, den Text „in seine Sprache zu bringen", die bekanntlich wolkig und nicht immer sehr präzise war. Aber der Satz, das Münchener Abkommen sei nicht mehr gültig, müsse fallen, sagte Hohmann. Außerdem könne der Kanzler sich nicht „von zwielichtigen Äußerungen deutscher Politiker" distanzieren. Das sei Innenpolitik und habe in der Note nichts zu suchen.

Ich rief daher am Sonntagfrüh Carstens in seinem Wochenendhaus in der Eifel an und bat ihn, mit dem Kanzler zu sprechen und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß der Entwurf, vom Verteidigungsrat gebilligt, bereits allen NATO-Alliierten zur Kenntnis gegeben worden sei. Sie würden bedenklich den Kopf schütteln, wenn wir den Passus strichen, das Münchener Abkommen sei ungültig, und würden sich fragen, ob wir es denn noch für gültig hielten. Der Bundeskanzler antwortete Carstens, er sei im Ganzen mit dem Entwurf einverstanden, aber über das Münchener Abkommen müsse noch gesprochen werden.

Ich bat daher das Chiffrierbüro des Auswärtigen Amtes am Sonntagabend, den 20. März, den Text mit Ausnahme des Absatzes über München auf Lochstreifen zu stan-

Jahrgang 43 (1995), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zen – die Technik war damals noch nicht so weit wie heute. Schröder steuerte am Montag, den 21. März, einen Kompromißvorschlag bei, den der Bundeskanzler akzeptierte. Es blieb bei dem Text, daß Hitler das Münchener Abkommen zerrissen habe, aber „ungültig" wurde gestrichen, und da Erhard sich von „zwielichtigen Äußerungen" nicht öffentlich distanzieren wollte, hieß es nun: „(Die Bundesregierung) erhebt daher, wie sie mehrfach erklärt hat, gegenüber der Tschechoslowakei keine territorialen Ansprüche; sie betont, daß dies die verantwortliche Darstellung der deutschen Politik ist."

Ich schrieb den Passus neu, und Carstens gab grünes Licht zur Absendung. Da rief mich der Kollege Rouget aus dem Bundeskanzleramt an, der Kanzler wünsche noch eine Spezifizierung des Absatzes über unseren Atomwaffen-Produktions-Verzicht. Ich erwiderte, dafür sei es nun zu spät, und teilte der „Telko", der Telegrammkontrolle des Auswärtigen Amts, mit, sie könne die Note in der Nacht zum 22. März absetzen. Das geschah in zwei Dringlichkeitsstufen. Einige unserer Missionen wurden durch Schrifterlasse, die mit Kurier übersandt wurden, informiert. Es war ein komplizierter Zeitplan, von meinem Mitarbeiter Wolfgang Eggers generalstabsmäßig ausgearbeitet. Bis auf Teheran, wo der Kurier mit Verspätung ankam, hatten alle unsere Missionen in der Welt den Text der Note am 24. März.

Carstens hatte mir erlaubt, die Note in Prag, das wir ja in der Note besonders angesprochen hatten und wo wir keine amtliche Vertretung hatten, selbst zu übergeben, was am 25. März geschah, obwohl das Prager Außenministerium mißtrauisch und ängstlich besorgt darüber war, was wohl in der Note stehen mochte. Man hätte am liebsten erst in Moskau rückgefragt, und eine Beamtin des Protokolls riet mir, als ich im Außenministerium eintraf, doch erst einmal die Sehenswürdigkeiten der Stadt zu besuchen und, da heute Freitag sei, nach dem Wochenende wiederzukommen. Doch der Hinweis, daß dann alle anderen osteuropäischen Staaten vorher unterrichtet sein würden, bewog das Außenministerium, mich noch am gleichen Tag zu empfangen und die Note zu diskutieren. Die Beamten waren freundlich, angenehm überrascht, daß der Passus über unsere Beziehungen zur Tschechoslowakei auch allen anderen Regierungen der Welt mitgeteilt wurde, und sie entschuldigten sich, wenn sie gegen manche Passagen, etwa die Erwähnung der sowjetischen Drohungen, Reserven anmeldeten, „aber als hierzu beauftragte Beamte" seien sie gehalten, die Ansicht ihrer Regierung zu vertreten.

Bundeskanzler Erhard hatte die Note im Bundestag bekanntgegeben. Alle Parteien stimmten ihm zu, so daß man von einem innenpolitischen Erfolg der Regierung sprach. Das Bundeskanzleramt vermittelte den Medien den Eindruck, die Note sei eine Initiative Erhards und unter seiner Regie entstanden. Das Echo im Ausland war ungewöhnlich stark, die Zeitungen stellten die Nachricht groß, manchmal sogar in Schlagzeilen heraus. Die britische Regierung gab eine zustimmende Erklärung durch den Sprecher des Foreign Office ab. Nur der Sprecher des Quai d'Orsay begnügte sich damit, zu erklären, die Regierung studiere die Note mit Interesse.

Die Presse der kommunistischen Staaten reagierte, wie zu erwarten war, negativ, aber überraschend differenziert. In der westlichen und blockfreien Presse überwogen die positiven Stimmen, wenn auch bei unseren Verbündeten häufig zu lesen war, wir hätten weitergehen und noch mehr Zugeständnisse machen sollen. Die amerikanische Presse war durchweg positiv. Wir seien, hieß es da, soweit gegangen, wie wir hätten gehen können.

Dennoch waren wir uns im Auswärtigen Amt der Schwächen bewußt, die die Note besaß. Ausgeklammert war die DDR. In der damaligen innenpolitischen Situation, wo

Jahrgang 43 (1995), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schon verhältnismäßig sekundäre völkerrechtliche Fragen umstritten waren, etwa ob das Münchener Abkommen von 1938 *ex tunc* oder *ex nunc* ungültig sei, war ein neuer Kurs gegenüber der DDR nicht durchzusetzen. Das Fundament, auf dem die Regierung stand, war für weitergehende, neue Initiativen, die unser Verhältnis zur DDR oder zu den Staaten des Warschauer Pakts grundlegend hätten verbessern können, nicht tragfähig genug. Ich schrieb damals in mein Tagebuch, wir müßten vorerst noch warten, bis wir in einem günstigen Stadium auch die deutsche Frage, die Wiedervereinigung diskutieren könnten.

Man kann ferner Kritik daran üben, daß die Note die von Moskau abhängigen osteuropäischen Länder ansprach und behandelte, als seien sie souverän, und daß die sogenannten „Satelliten", nicht aber die Sowjetunion, im Zentrum unserer Diskussion standen, obwohl der Schlüssel nicht nur zur Deutschlandfrage, sondern überhaupt zu einer friedlichen Neuordnung Europas in Moskau lag. Dieser Einwand ist nicht unberechtigt. Ich habe ihn mir auch gemacht und fürchte, daß ich den Grad der Emanzipation von Moskau in den Staaten Osteuropas, bei aller Skepsis, die ich ständig in dieser Hinsicht aussprach, in Wirklichkeit selbst auch überschätzt hatte.

Die eingehende Schilderung des Entscheidungsprozesses hat, hoffe ich, gezeigt, daß Bundesaußenminister Schröder in seiner Ostpolitik nur einen begrenzten Handlungsspielraum hatte, den er allerdings ausschritt, so weit er konnte. Die Einwände kamen aus der eigenen Partei, von rechts, von den Ewig-Gestrigen. Dennoch war es ein Gewinn, daß wir mit den Staaten Osteuropas nun auch politisch in ein Gespräch gekommen waren, das eine Fortsetzung erlaubte.

Ich notierte mir kurze Zeit nach der Übergabe der Note in meinem Tagebuch: „Wir haben Gelände gewonnen. Ein Beispiel dafür ist der Enthusiasmus in dem uns gegenüber sonst so kritischen kanadischen Außenministerium, wo man sagte, wir hätten ins Schwarze getroffen.

Wir haben die Polen und die Tschechen verschieden behandelt. Das Problem der Oder-Neiße-Linie können zur Zeit weder wir noch die Polen lösen, weder innen- noch außenpolitisch.

Mit den Tschechen sind die bilateralen Probleme leichter zu lösen. Sie sind außerdem unsere unmittelbaren Nachbarn. Das Problem der sudetendeutschen Landsmannschaft aber muß einmal angepackt werden. Hier ist Härte des Bundeskanzlers notwendig. Ich habe Hohmann gesagt, wie wichtig es sei, daß der Kanzler nun nicht wieder vor den Sudetendeutschen vom Heimatrecht zu reden beginnt und das, was in der Note geklärt worden ist, verschwommen darstellt."

Auf der NATO-Konferenz in Brüssel, wo die „Friedensnote" als nachahmenswertes Beispiel hingestellt wurde, war die Ost-West-Entspannung Hauptthema. Manchmal hatte man den Eindruck, als wollten unsere Verbündeten mit ihrer Aktivität auf diesem Gebiet de Gaulle ausstechen. Überzeugende Vorschläge wurden allerdings nicht gemacht. Schröder hatte, wie ich mir notierte, seine Zweifel, ob in der damaligen Verfassung der Bundesregierung „eine umfassende, die wirklichen Probleme lösende Entspannungsaktion Aussicht auf Erfolg haben könne". Dennoch schlug er in einem Brief an den Bundeskanzler vor, daß wir uns möglichst an die Spitze der Entspannungsaktion setzen sollten, weil anderenfalls unsere Verbündeten zu leicht Entspannungsmaßnahmen vorschlagen, die auf unsere Kosten gehen.

Die Versuche, den mit der „Friedensnote" eingeleiteten Dialog mit den Warschauer-Pakt-Staaten fortzusetzen, wären ein eigenes, neues Kapitel. Deshalb hier nur in Kürze:

Jahrgang 43 (1995), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich hatte nach Rücksprache mit Carstens eine Note an die tschechoslowakische Regierung entworfen. Ihr Sinn war, die Diskussion über das Münchener Abkommen zu entpolitisieren, d.h. einmal es moralisch zu verurteilen, und zum anderen die Frage, ob und seit wann es ungültig sei, unter rechtlichen Gesichtspunkten von einem Gremium von Völkerrechtlern untersuchen zu lassen. Dagegen hätten auch die Landsmannschaften, die ja immer auf Rechtspositionen beharrten, eigentlich keine Einwände erheben dürfen.

Schröder war damit einverstanden. Auf Carstens' Anregung entwarf ich am 30. Juni 1966 einen Brief Schröders an den Bundeskanzler, in dem diese Grundidee erläutert wurde. Der Kanzler aber zögerte mit einer Antwort, weil er in seiner damals ohnehin geschwächten politischen Lage nicht auch noch den Widerspruch der Vertriebenenfunktionäre hervorrufen wollte, deren Einfluß auf die Wähler übrigens immer, bis in die späten achtziger Jahre, von der CDU-Führung weit überschätzt wurde.

In dem Brief Schröders an den Bundeskanzler hieß es: „Ich mache darauf aufmerksam, daß dieser Vorschlag nicht taktisch gemeint ist, sondern daß er, wenn die tschechoslowakische Regierung darauf eingeht, der erste Schritt sein kann, eins der wichtigsten Probleme aus dem Weg zu räumen, die zwischen uns und der Tschechoslowakei stehen. Sollte das gelingen, so wäre in der Tat ein wichtiger Schritt zur Entspannung gemacht. Die Schwierigkeiten vor allem innenpolitischer Art übersehe ich nicht. Ich glaube aber, wir haben keine andere Wahl, als trotzdem diesen Weg zu gehen."

Man sieht also, daß Schröder und Carstens eine grundlegende Verständigung mit den osteuropäischen Staaten wollten, daß sie die Spannungsursachen abbauen wollten, auch gegen innenpolitische Widerstände. Doch der Dialog, den sie mit der „Friedensnote" begonnen hatten, konnte von ihnen nicht fortgesetzt werden. Ihre Bemühungen, die bis zum September weitergeführt wurden, versandeten im Bundeskanzleramt.

Es kamen andere Sorgen auf Bundeskanzler Erhard zu. Seine Stellung in der Koalition und der eigenen Partei war schwach, und als die Minister der FDP die Regierung verließen, trat er im November 1966 zurück. Willy Brandt wurde Außenminister der Großen Koalition. Schröder hatte jeden Schritt seiner Ostpolitik vorher lange und kritisch abwägend geprüft, bevor er unsicheres Gelände betrat. Er ging vorsichtig und dennoch beharrlich voran. Brandt setzte die Verständigungspolitik mit den sozialistischen Staaten energischer fort, und zwar, wie auch Schröder geplant hatte, mit Prag. Brandt suchte auch den Dialog mit Moskau und klammerte die DDR nicht aus. Er glaubte an den guten Willen der Sowjets und ließ sich auch durch Enttäuschungen, etwa ihren Einmarsch in die Tschechoslowakei im August 1968, nicht lange beirren. Er war optimistischer und willens, mehr zu riskieren, aber er konnte sein Konzept auch ungestörter entwickeln als Schröder, weil die Kräfte, die diesen gehindert hatten, weniger Einfluß auf die Außenpolitik der Großen Koalition und später der SPD-FDP-Koalition hatten.

Jahrgang 43 (1995), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte